



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Horst Arnold, Inge Aures, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Ilona Deckwerth, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Natascha Kohnen, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Kathi Petersen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Doris Rauscher, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayer, Angelika Weikert, Ruth Waldmann, Margit Wild, Isabell Zacharias** und Fraktion (SPD)

Handeln statt Mittel kürzen: Auch Bayern muss seiner wohnungspolitischen Verantwortung gerecht werden!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums in Bayern deutlich zu verstärken, indem sie:

1. die im Rahmen des Doppelhaushalts 2017/2018 erfolgte massive Kürzung der Landesmittel zur Wohnraumförderung schnellstmöglich korrigiert; hierzu ist dem Landtag umgehend ein Entwurf für einen Nachtragshaushalt 2017 vorzulegen, der den Bewilligungsrahmen der Wohnraumförderung um mindestens 160 Millionen Euro erhöht; zur Finanzierung wird ein Teil der 1,2 Mrd. Euro Verbesserungen im Haushaltsvollzug 2016 genutzt,
2. den bislang weitgehend wirkungslos gebliebenen Wohnungspakt Bayern praxistauglich umgestaltet, insbesondere dahingehend, dass es künftig auch kommunalen Unternehmen bzw. privatrechtlichen Unternehmen in mehrheitlich kommunalem Eigentum rechtssicher ermöglicht wird, an dem Förderprogramm des Wohnungspaktes zu partizipieren und Fördermittel zu erhalten,
3. ein Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz vorlegt, das insbesondere Regelungen zu treffen hat, mithilfe derer Hemmnisse und Hindernisse bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums abgebaut werden können (unter anderem durch den Abbau bestehender Verfahrensbehinderungen bzw. von Bauhemmnissen auf landesrechtlicher Ebene, die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten von Kommunen bzw. kommunalen Unternehmen und privatrechtlichen Unternehmen in mehrheitlich

kommunalem Eigentum zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums sowie die Erweiterung der Möglichkeiten und Handlungsansätze zur Baulandmobilisierung),

4. auf Bundesebene zu konstruktiven Gesprächen über die Ausgestaltung zeitlich befristeter steuerlicher Anreize für Immobilieninvestoren für den Mietwohnungsbau in Ballungszentren zurückfindet, damit hier eine Einigung erzielt werden kann.

Begründung:

Während der Bund die Mittel für den sozialen Wohnungsbau gegenüber 2015 verdreifacht hat und die Länder somit mit über 1,5 Milliarden Euro unterstützt, stiehlt sich der Freistaat aus seiner wohnungspolitischen Verantwortung, indem er die eigenen Landesmittel massiv senkt. So sind hierfür im Haushaltsplan 2017 nur noch 87 Mio. Euro veranschlagt – und damit nur noch etwas mehr als die Hälfte der Mittel, die noch im Vorjahr zur Verfügung standen (158 Mio. Euro). Dieser Schritt wird von Experten harsch kritisiert. Erst vor wenigen Tagen erklärte beispielsweise der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen bereits zum wiederholten Male: „In einer Zeit, in der wir wirklich händeringend mehr bezahlbare Mietwohnungen brauchen, die Mittel so zu kürzen, wenn der Bund seine Förderung erhöht, obwohl es der Bund gar nicht müsste – das ist nicht akzeptabel“ (Verbandsdirektor Xaver Kroner).

Erschwerend kommt hinzu, dass auch der groß angekündigte Wohnungspakt Bayern im ersten Jahr seit seinem Inkrafttreten längst nicht die gewünschte Wirkung erzielen konnte: So wurden 2016 im Rahmen des Kommunalen Wohnraumförderungsprogramms lediglich 758 Wohnungen gefördert, versprochen waren mindestens 1.500.

Und auch auf Bundesebene wird die Staatsregierung ihrer Verantwortung nicht gerecht, so dass im Sommer vergangenen Jahres eine Einigung bezüglich Sonderabschreibungen für Immobilieninvestoren scheiterte, die dazu dienen sollte, Anreize zur Schaffung bezahlbarer Wohnungen statt Luxuswohnungen zu schaffen.

Dabei ist die Wohnungsnot im Freistaat – vor allem aufgrund des verstärkten Zuzugs in viele bayerische Großstädte – erwiesenermaßen besonders groß. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ihre wohnungspolitischen Anstrengungen mittels der genannten Maßnahmen schnellstmöglich zu verstärken.